

Erdogans Mordlektion

Türkischer Präsident droht mit »entschlossener« Fortsetzung des Krieges gegen Bevölkerung in der Osttürkei

Arnold Schölzel

Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan hat mit Demagogie und Drohungen auf die Anspielung des Kovorsitzenden der Oppositionspartei HDP Selahattin Demirtas auf eine mögliche Selbstverwaltung der kurdischen Gebiete des Landes reagiert. Zugleich setzte Erdogan den Krieg gegen die Bevölkerung der Osttürkei fort. Dagegen protestierten in Ankara und mehreren anderen Städten zahlreiche Menschen. Am Sonntag hatte Demirtas offenbar in Anspielung auf Erdogan in einer Rede gesagt, die Kurden müssten sich entscheiden, ob sie nach Autonomie streben oder »unter der Tyrannei eines Mannes« leben wollen. Anschließend waren gegen Demirtas und gegen fünf andere Personen Ermittlungen wegen verfassungsfeindlicher Äußerungen eingeleitet worden. Unter den Beschuldigten ist auch der bekannte HDP-Abgeordnete Sirri Süreyya Önder. Ihnen werden unter anderem die Zerstörung der Einheit des Staates und Propaganda für eine Terrororganisation vorgeworfen. Am Dienstag beschimpfte Erdogan Demirtas auf dem Istanbul Flughafen beim Abflug nach Saudi-Arabien gegenüber Journalisten: »Was dieser Kovorsitzende getan hat, ist Verrat, eine klare Provokation.« Dies sei die Zeit, »in der die Masken abgenommen und die wahren Gesichter gezeigt worden sind«, erklärte Erdogan mit Blick auf die HDP. Er fragte: »Mit welchem Recht können sie angesichts der einheitlichen Struktur der Türkei von der Bildung eines Staates im Südosten und im Osten sprechen?« Weder »der nationale Wille« noch »die Sicherheitskräfte« würden dies zulassen. Er sei überzeugt, dass »dem verräterischen Netzwerk«, welches der Einheit des Landes einen Schlag versetzen wolle, vom Volk und vom Gesetz »eine Lektion erteilt« werde. Bei dem im Sommer begonnenen Militäreinsatz wurden nach seinen Angaben »mehr als 3.000 Terroristen« in der Türkei und im Nordirak getötet. Er drohte, die Militäroffensive in den Kurdengebieten werde »entschlossen« fortgesetzt. Erdogan, der seit 2011 dschihadistische Milizen für den Krieg in Syrien ausbilden und finanzieren ließ und dem »Islamischen Staat« bis heute

Rückzugsmöglichkeiten bietet, griff zugleich Russland und den syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad an: »Sie können nicht irgendwohin gehen und ein Regime unterstützen, das 400.000 unschuldige Menschen mit konventionellen und chemischen Waffen getötet hat.« Erdogan stationierte im Dezember etwa 10.000 Sicherheitskräfte, darunter Soldaten mit Panzern, im Osten der Türkei, angeblich für den Kampf gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK). Laut einer Mitteilung des türkischen Generalstabs vom Dienstag wurden seit Beginn der jüngsten Offensive am 15. Dezember 214 PKK-Kämpfer getötet, davon allein 155 in der Stadt Cizre, 42 im Stadtteil Sur von Diyarbakir. Tatsächlich waren unter den Toten zahlreiche Frauen und Kinder. Schätzungsweise 200.000 Menschen flüchteten aus der Region. In Sur, für das seit dem 2. Dezember Ausnahmezustand und Ausgangssperren gelten, kam es auch am Dienstag zu Zusammenstößen. Dabei wurden vier Polizisten verwundet. In Ankara und anderen türkischen Städten gingen am selben Tag zahlreiche Menschen zu Friedensdemonstrationen auf die Straße. Auf Spruchbändern war zu lesen »Nein zum Krieg. Frieden jetzt!« und »Nein zur Politik von Krieg und Druck«.

<http://www.jungewelt.de/2015/12-30/049.php>